

Stand: 17.04.2026 10:35:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2033

"Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern: Hebammenversorgung sichern, Zahl der Absolventinnen und Absolventen deutlich steigern, Fachwissen der Hebammenschulen bewahren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2033 vom 16.05.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/2739 des WK vom 27.06.2019
3. Beschluss des Plenums 18/2895 vom 04.07.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Robert Brannekämper, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Otto Lederer, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Peter Tomaschko, Manuel Westphal CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern: Hebammenversorgung sichern, Zahl der Absolventinnen und Absolventen deutlich steigern, Fachwissen der Hebammenschulen bewahren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag drückt den Hebammen, Ärzten, Kinderkrankenschwestern und Krankenhäusern in Bayern seine Wertschätzung für ihren Einsatz in der Geburtshilfe aus und dankt den Hebammen für ihre Unterstützung der Familien in der so wichtigen und sensiblen ersten Lebensphase eines Kindes.

Der Landtag begrüßt die mannigfaltigen Maßnahmen, die die Staatsregierung in den vergangenen Jahren für die Sicherstellung der Geburtshilfe und die Hebammenversorgung umgesetzt hat, etwa:

- die Einführung des Hebammenbonus in Höhe von 1.000 Euro, eine Förderung, die bislang 1278-mal für das Jahr 2017 und 538-mal für das Jahr 2018 beantragt worden ist,
- die Niederlassungsprämie für Hebammen und Geburtshelfer, deren erstmalige Auszahlung zum Ende des Ausbildungsjahres ab September 2019 vorgesehen ist,
- die Anhebung des in der Hebammengebührenordnung festgelegten Steigerungssatzes für privat versicherte Patientinnen von 1,8 auf 2,0.

Um den sich verändernden Herausforderungen auch in der Geburtshilfe gerecht zu werden, wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen verfügbarer Stellen und Mittel sicherzustellen, dass eine größere Zahl junger Menschen als bisher Gelegenheit erhält, eine Ausbildung zur Hebamme bzw. zum Entbindungspfleger aufzunehmen. Dafür sollte die Zahl der Ausbildungsstätten steigen – die aktuell sieben Ausbildungsstätten (in Form von Berufsfachschulen) sind nicht ausreichend.

Dabei sind die europarechtlichen Anforderungen zu beachten. Entscheidend ist die Sicherstellung der benötigten Anzahl von Hebammen und Entbindungspflegern. Hierfür bedarf es einer ausreichenden Übergangsfrist zwischen der bisherigen Ausbildung in Berufsfachschulen und der künftigen Ausbildung an einer Hochschule. Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Hebammenausbildung in allen Landesteilen perspektivisch möglichst wohnortnah zu ermöglichen. Das Gebot der Stunde ist es, bei der Ausbildung

von Hebammen so lange wie möglich zweigleisig zu fahren: auslaufend mit unseren hochqualifizierten Berufsfachschulen und anlaufend an den Hochschulen. Das bewährte Zusammenspiel in der fachpraktischen Ausbildung wird auf diese Weise erhalten.

Begründung:

Hebammen und Geburtshelfer sind vor, während und nach der Geburt eines Kindes eine wichtige Stütze für die Familien. Auf Bundes- und auf Landesebene wurden bereits – nicht zuletzt auch auf Betreiben Bayerns – wichtige Weichen gestellt, um die Versorgung mit Hebammenhilfe auch durch freiberufliche Hebammen nachhaltig sicherzustellen. Es ist im Sinne der Versorgung der Familien, dass mehr Hebammen und Geburtshelfer ausgebildet werden, um einen drohenden Fachkräftemangel in diesem Bereich zu vermeiden. Für eine akademisierte Ausbildung gilt das umso mehr. Wichtig ist es, das bestehende Knowhow und die langjährige Expertise unserer Berufsfachschulen zu sichern und in geeigneter Weise mit in die Hochschulausbildung zu integrieren. Gewarnt wird daher vor Schnellschüssen. Einer Verlängerung der Übergangsfrist auf Bundesebene über das Jahr 2020 hinaus sollte unter Berücksichtigung der EU-rechtlichen Vorgaben nähergetreten werden.

Aktuell sieht der Regierungsentwurf des neuen Hebammengesetzes (HebG) in § 76 vor, dass Hebammenschulen noch bis Ende 2021 Ausbildungsgänge nach altem Recht beginnen und bis Ende 2026 abschließen können. Darüber hinaus können die Hochschulen bis Ende 2030 mit Hebammenschulen in Bezug auf die praktischen Lehrveranstaltungen und die Praxisanleitung kooperieren (§ 75 HebG).



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Robert Brannekämper,
Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 18/2033

**Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern: Hebammenversorgung
sichern, Zahl der Absolventinnen und Absolventen deutlich steigern, Fachwissen
der Hebammenschulen bewahren**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Bernhard Seidenath**
Mitberichterstatterin: **Ruth Waldmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 22. Mai 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 25. Juni 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 27. Juni 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: Zustimmung
- Zustimmung empfohlen.

Robert Brannekämper
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Robert Brannekämper, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Klaus Holetschek, Otto Lederer, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Peter Tomaschko, Manuel Westphal CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/2033, 18/2739

Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern: Hebammenversorgung sichern, Zahl der Absolventinnen und Absolventen deutlich steigern, Fachwissen der Hebammenschulen bewahren

Der Landtag drückt den Hebammen, Ärzten, Kinderkrankenschwestern und Krankenhäusern in Bayern seine Wertschätzung für ihren Einsatz in der Geburtshilfe aus und dankt den Hebammen für ihre Unterstützung der Familien in der so wichtigen und sensiblen ersten Lebensphase eines Kindes.

Der Landtag begrüßt die mannigfaltigen Maßnahmen, die die Staatsregierung in den vergangenen Jahren für die Sicherstellung der Geburtshilfe und die Hebammenversorgung umgesetzt hat, etwa:

- die Einführung des Hebammenbonus in Höhe von 1.000 Euro, eine Förderung, die bislang 1.278-mal für das Jahr 2017 und 538-mal für das Jahr 2018 beantragt worden ist,
- die Niederlassungsprämie für Hebammen und Geburtshelfer, deren erstmalige Auszahlung zum Ende des Ausbildungsjahres ab September 2019 vorgesehen ist,
- die Anhebung des in der Hebammengebührenordnung festgelegten Steigerungssatzes für privat versicherte Patientinnen von 1,8 auf 2,0.

Um den sich verändernden Herausforderungen auch in der Geburtshilfe gerecht zu werden, wird die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen verfügbarer Stellen und Mittel sicherzustellen, dass eine größere Zahl junger Menschen als bisher Gelegenheit erhält, eine Ausbildung zur Hebamme bzw. zum Entbindungspfleger aufzunehmen. Dafür sollte die Zahl der Ausbildungsstätten steigen – die aktuell sieben Ausbildungsstätten (in Form von Berufsfachschulen) sind nicht ausreichend.

Dabei sind die europarechtlichen Anforderungen zu beachten. Entscheidend ist die Sicherstellung der benötigten Anzahl von Hebammen und Entbindungspflegern. Hierfür bedarf es einer ausreichenden Übergangsfrist zwischen der bisherigen Ausbildung in Berufsfachschulen und der künftigen Ausbildung an einer Hochschule. Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Hebammenausbildung in allen Landesteilen perspektivisch möglichst wohnortnah zu ermöglichen. Das Gebot der Stunde ist es, bei der Ausbildung von Hebammen so lange wie möglich zweigleisig zu fahren: auslaufend mit unseren hochqualifizierten Berufsfachschulen und anlaufend an den Hochschulen. Das bewährte Zusammenspiel in der fachpraktischen Ausbildung wird auf diese Weise erhalten.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 21 der Anlage. Das ist der Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen" auf Drucksache 18/1642, der auf Antrag der AfD-Fraktion einzeln behandelt werden soll. Der Aufruf dieses Antrags erfolgt nach der Behandlung der Dringlichkeitsanträge.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die gesamte Antragsliste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Damit ist die Liste mit Ausnahme der Nummern 21 und 25 so beschlossen, und der Landtag übernimmt diese Voten.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Betonflut eindämmen I:
 Mehr Handlungsspielraum für die Kommunen bei der Innenentwicklung
 Drs. 18/1513, 18/2509 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Betonflut eindämmen II:
 Flächenfraß durch steuerliche Anreize reduzieren
 Drs. 18/1514, 18/2510 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Betonflut eindämmen III:
 Ausfransen von Ortsrändern verhindern
 Drs. 18/1515, 18/2733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Betonflut eindämmen IV:
 Flächenstatistik reformieren
 Drs. 18/1516, 18/2511 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten II – Förderung und Gründung von Energieagenturen in Bayern
Drs. 18/1563, 18/2744 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten III – Schulung von Energieberaterinnen und Energieberatern praxisnah gestalten
Drs. 18/1564, 18/2745 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn, Natascha Kohnen u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten IV – Energiearmut messbar machen
Drs. 18/1565, 18/2746 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Energiewende mit den Menschen gestalten V – Förderprogramme alltags- und praxistauglich gestalten
Drs. 18/1566, 18/2747 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschiebungen nach Afghanistan aussetzen – Afghanistan ist nicht sicher!
Drs. 18/1600, 18/2660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für beste Ausbildung – Stallneubau auch für ökologische Tierhaltung nutzen
Drs. 18/1642, 18/2317 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vollzug des Finanzausgleichsgesetzes – Ansatz für Kinderbetreuung überprüfen!
Drs. 18/1644, 18/2756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Bauen ist der beste Mieterschutz – ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenpaket
Drs. 18/1858, 18/2754 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
NEIN zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit bei Entscheidungen in der EU-Sozialpolitik
Drs. 18/1850, 18/2755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein starkes Europa der Regionen!
Drs. 18/1855, 18/2758 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tobias Reiß u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein starkes Europa mit klarer Verantwortung – Sozialpolitik bleibt Sache der Mitgliedstaaten
Drs. 18/1876, 18/2757 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>